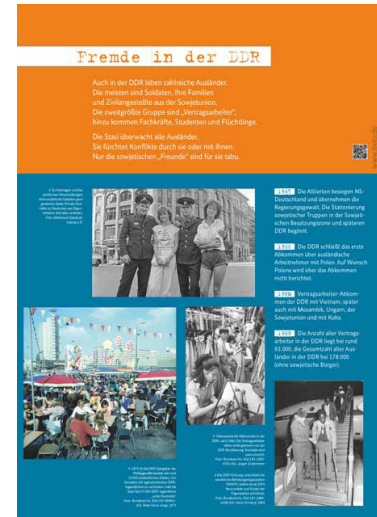


Fremde in der DDR

Vertiefung



Inhalt

Einführung

Dokumente aus Beobachtungen der Stasi

- Information über Ausländerfeindlichkeiten wegen Versorgungsmängeln, 1988
- Gesamtzahl der Ausländer in der DDR, 1989
- Information zur Neuregelung bei Schwangerschaften von Ausländerinnen, 1989
- Information wegen des Wahlrechts für Ausländer, 1989
- Information über Vorkommnisse mit vietnamesischen Werkträgern, 1989
- Information über Mocambiquaner in der DDR, 1989

Einführung zu Ausländern in der DDR

Die größte Gruppe Ausländer in der DDR waren das sowjetische Militär, ihre Familien und sowjetische Zivilangestellte. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 bis zum Abzug der ehemals sowjetischen Truppen 1994 lebten etwa zehn Millionen Sowjetbürger zeitweilig in Deutschland.

Die Notwendigkeit zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in der DDR war zunächst durch die massenhafte Abwanderung einheimischer Fachkräfte bedingt. Nach dem Mauerbau 1961 führten ein umfangreicher Arbeitnehmer- und Beschäftigungsschutz und veraltete Technologien in manchen Branchen zu personellen Engpässen. Durch die Regierungen vertraglich geregelt arbeiteten daher seit 1966 in zunehmender Anzahl Ausländer in der DDR oder erhielten hier eine Berufsausbildung. Insgesamt aber lag ihr Anteil an der erwerbstätigen Gesamtbevölkerung der DDR 1989 bei nur rund einem Prozent.

Doch längst nicht alle Ausländer waren zur Unterstützung der Planwirtschaft in der DDR. Von den im Zeitraum 1988/89 gezählten 1.115 in der DDR lebenden Österreichern war knapp die Hälfte bereits in der DDR geboren worden, die Mehrzahl der 380 Afghanen in der DDR studierte, die meisten der 234 Schweden montierten schwedische Produkte in der DDR und 461 Rumänen lebten hier. Hinzu kamen namibische, algerische, chilenische oder griechische politische Flüchtlinge, die in der DDR eine zweite Heimat fanden.

Die Dokumente der Arbeitsblätter zeigen Missstimmungen zwischen der DDR-Bevölkerung und den Ausländern in der DDR und zeigen zugleich, wie sorgfältig die Stasi diese registrierte. Beide Seiten werden dabei nachvollziehbar: Die Lage der Ausländer und die Lage der DDR-Bevölkerung.

Die Arbeitsblätter können in **Einzel- oder Partnerarbeit** erarbeitet, anschließend die Ergebnisse präsentiert oder in der gesamten Klasse diskutiert werden.

1. Dokumente aus Beobachtungen der Stasi

Information über Ausländerfeindlichkeiten wegen Versorgungsmängeln, 1988

Information

über ausländerfeindliche, die Versorgungslage kritisierende Meinungsäußerungen und Reaktionen der Berliner Bevölkerung

Vorliegenden Hinweisen zufolge kommt es unter DDR-Bürgern in der Hauptstadt, Berlin, vor dem Hintergrund verschiedener Versorgungsengpässe während der Vorweihnachtszeit zu Meinungsäußerungen und Reaktionen, die im Kern Ausländerfeindlichkeit beinhalten.

So wurden im VEB Gartenbau Berlin schreibmaschinengeschriebene Handzettel im Umlauf gebracht, die in Versform die Versorgungslage in der Stadt kritisieren und als ursächlich dafür die große Zahl von Ausländern aus verschiedenen sozialistischen Staaten darstellen.

Gleichzeitig richtete sich die Äußerungen gegen bestimmte Seiten der Wirtschafts- und Handelspolitik der DDR.
Bisher liegen keine Hinweise zum Verfasser vor.

(Quelle: BStU, MfS, HA II, 27428, Bl. 17)

Erläuterungen:

Hauptabteilung II

Hauptabteilung des MfS, zuständig für Spionageabwehr

VEB

Volkseigener Betrieb, staatlicher Betrieb der DDR

Aufgabenteil

- Spekulieren Sie, woher die „vorliegenden Hinweise“ zu dieser Information stammen könnten.
- Diskutieren Sie, was für die DDR-Politik beunruhigender war: Die Kritik an der Versorgungslage oder die ausländerfeindlichen Äußerungen von DDR-Bürgern.
- Beziehen Sie Stellung zum vermeintlichen Zusammenhang von Engpässen in der Versorgung der DDR-Bürger und der Anzahl von Ausländern in der DDR.

1. Dokumente aus Beobachtungen der Stasi

Gesamtzahl der Ausländer in der DDR, 1989

Anlage

Übersicht zum Ausländeraufenthalt in der DDR

In der DDR sind (lt. PDB des MfI v. 9.1.89) insgesamt

178 329 Ausländer

ständig und längerfristig aufhältig

Darunter sind

43.035 Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis (ständiger Aufenthalt)

119.175 Männer

49.349 Frauen

9.805 Kinder

93.025 beruflich Tätige

29.109 beruflich Auszubildende

10.532 Studierende

559 aus Asylgründen

29.255 aus Gründen der Familienzusammenführung

147.265 aus sozialistischen Staaten

31.064 aus nichtsozialistischen Staaten (darunter 1.850 aus NATO-Staaten)

Bezirksübersicht:

Karl-Marx-Stadt	24.281	Rostock	9.191
Dresden	23.242	Potsdam	7.870
Berlin (o. Botsch.)	18.971	Frankfurt/O.	7.769
Halle	18.434	Gera	7.019
Leipzig	18.333	Suhl	3.480
Cottbus	12.742	Schwerin	2.545
Erfurt	12.396	Neubrandenb.	2.093
Magdeburg	9.963		

Schwerpunktländer nach Aufenthaltswahlen:

Vietnam	52.067
Polen	42.898
Mocambique	15.243
Ungarn	14.050
UdSSR	12.489
Kuba	11.478

(Quelle: BStU, MfS, HA II, 27428, Bl. 43,44,45)

Erläuterungen:

PDB des MfI

Zentrale Personendatenbank (PDB) des Ministerium des Innern der DDR, mit Strafregister, Wehrüberwachung, Reiseanträgen und Rentendatenbank.

UdSSR

Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Sowjetunion

Aufgabenteil

- Erörtern Sie, weshalb die Anzahl der ausländischen Männer deutlich höher ist als die Anzahl ausländischer Frauen.
- Markieren Sie auf einer Landkarte der DDR die Ballungsräume, in denen die meisten Ausländer wohnten und interpretieren Sie die regionale Verteilung.

1. Dokumente aus Beobachtungen der Stasi

Information zur Neuregelung bei Schwangerschaften von Ausländerinnen, 1989

Hauptabteilung II AG Ausländer

Berlin, 23.1.89

Information

zu Reaktionen unter Werktätigen des Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerkes (BMHW) im Zusammenhang mit einer Neuregelung der Verfahrensweise bei Schwangerschaft von mehrjährig in der DDR beschäftigten weiblichen ausländischen Arbeitskräften

Inoffiziell wurde bekannt, dass seit Januar 1989 eine aktuelle Neuregelung der Verfahrensweise bei Schwangerschaft von mehrjährig in der DDR beschäftigten weiblichen ausländischen Arbeitskräften in Kraft getreten sein soll. Demnach sollen diese die gleichen sozialen Vergünstigungen in Anspruch nehmen dürfen wie DDR-Bürgerinnen (bezahlter Schwangerschaftsurlaub, Babyjahr).

Diese Regelung führte unter Werktätigen des Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerkes (BMHW), die mit mocambiquanischen Arbeitskräften zusammenarbeiten, zu erheblichen Diskussionen. Es wird damit gerechnet, dass ausländische Frauen nunmehr vor allem zum Kindergebühren und nicht zur Arbeit in die DDR kommen und dafür auch noch bezahlt werden. Damit sei der gewünschte Effekt ausländischer Arbeitskräfte ins Gegenteil umgeschlagen. Desweiteren werde auf Folgeprobleme wie notwendige ärztliche Betreuung von Mutter und Kind, Bereitstellung von Kinderkrippen- und -gartenplätzen, Unterbringungsprobleme sowie Finanzierung der Rückflüge hingewiesen. Allgemein sei unter den Arbeitern große Unzufriedenheit und Unmut über diese Maßnahme zu spüren. Das hänge auch damit zusammen, dass keine offizielle Information und Begründung dieses Schrittes erfolgte.

Inoffiziell wurde aus der Gruppe der mocambiquanischen Arbeitskräfte des BMHW erarbeitet, dass die ersten beiden Frauen bereits schwanger seien und mit einer dritten Schwangerschaft zu rechnen wäre. Die angesprochene Verfahrensweise werde von den Mocambiquanern zustimmend diskutiert und es sei eine weitere kräftige „Nutzung“ zu erwarten.

Bemerkungen

Eine Absprache mit der Hauptabteilung XVIII/4 ergab, dass entsprechend der Regierungsabkommen zwischen der DDR und den Herkunftsländern der Arbeitskräfte der Grundsatz gilt, dass schwangere Frauen in ihre Heimat zurückkehren. Im Zusammenhang mit Vorkommnissen unter vietnamesischen Arbeitskräften (Suizidversuche) wurde auf Empfehlung des Genossen Honecker der Beschluss gefasst, dass betroffene Frauen auf Wunsch ihr Kind in der DDR austragen können und gesetzlich und sozial schwangeren DDR-Bürgerinnen gleichgestellt werden (auf Grundlage des Arbeitsgesetzbuches und weiterer Bestimmungen).

(Quelle: BStU, MfS, HA II, 27428, Bl. 46)

Erläuterungen:

Hauptabteilung II

Abteilung des MfS, zuständig für Spionageabwehr

Hauptabteilung XVIII

Hauptabteilung des MfS, u.a. zuständig für die Sicherung der Volkswirtschaft

Genosse Honecker

Staats- und Parteichef der DDR Erich Honecker

Aufgabenteil

- Fassen Sie zusammen, was die Werktätigen des BMHW wegen der Neuregelung befürchten.
- Erörtern Sie, weshalb sich die Stasi für die Diskussionen unter den Werktätigen interessiert.
- Bilden Sie zwei Gruppen und formulieren Sie Argumente für bzw. gegen die Neuregelung. Diskutieren Sie anschließend auf der Basis Ihrer Argumente.

1. Dokumente aus Beobachtungen der Stasi

Information wegen des Wahlrechts für Ausländer, 1989

Information

Reaktionen aus Kreisen in der DDR wohnhafter UdSSR-Bürger
zum Wahlrecht von Ausländer in der DDR

Inoffiziell wurde bekannt, daß unter dem **Mitarbeiterbestand von UdSSR-Bürgern** aus dem

"Haus des Internationalen Buches"
in Berlin Spandauer Straße

umfassend über das Ausländerwahlrecht in der DDR diskutiert werde.

Dabei würden vordergründig **politisch indifferente Haltungen vertreten bzw. sichtbar.**

Der Beschluß über das Ausländer-Wahlrecht werde als **politische Propaganda gegenüber der BRD, insbesondere im Zusammenhang mit den in der BRD gegenwärtig erkennbaren Problemen ihrer Ausländerpolitik gewertet.**

Unter oben genannten UdSSR-Bürgern bestehe die Meinung, als **Ausländer nicht berechtigt zu sein, an Wahlakten in der DDR einbezogen zu werden.** Nach ihrer Auffassung würde es sich bei den Wahlen in der DDR um politisch-gesellschaftliche Probleme der DDR handeln, welche die in der DDR lebenden Ausländer nur wenig berühren.

In der DDR lebende **Ausländer blieben auch** bei längerem Aufenthalt in der DDR **eben Ausländer und** fühlten sich weitestgehend mit ihrem Heimatland verbunden.

Daraus resultiere automatisch ein **geringeres Interesse an gesellschaftlichen Prozessen in der DDR.**

So werde von der **Mehrheit dieser UdSSR-Bürger ein Desinteresse zur Möglichkeit der eigenen Wahlbeteiligung bekundet.**

(Quelle: BStU, MfS, HA II, 27428, Bl. 65)

Erläuterung:

UdSSR

Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Sowjetunion

Aufgabenteil

- Arbeiten Sie heraus, weshalb Ausländer nach Meinung der hier zitierten Mitarbeiter aus der UdSSR nicht berechtigt – und auch nicht interessiert – an Wahlakten in der DDR seien.
- Entwickeln Sie Argumente, weshalb Ausländer durchaus daran interessiert sein könnten, an Wahlen ihres Gastlandes teilzunehmen.
- Diskutieren Sie, mit welchen Argumenten ein Wahlrecht für Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland befürwortet oder abgelehnt werden könnte.

1. Dokumente aus Beobachtungen der Stasi

Information über „Vorkommnisse“ mit vietnamesischen Werkträgern, 1989

Hauptabteilung XIX

Abteilung 1

Berlin, 27.03.1989

Information

Vorkommnisse mit bei der Deutschen Reichsbahn eingesetzten vietnamesischen Werkträgern

Am 22.03.1989 kam es im Verantwortungsbereich der Reichsbahndirektion Berlin zu arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen mit vietnamesischen Werkträgern.

Die in der Bahnmeisterei Berlin Hauptbahnhof eingesetzten 20 Werkträgern forderten bei Arbeitsbeginn eine umgehende Klärung ihrer Lohnfragen, wodurch es zu einer einstündigen Arbeitsniederlegung kam.

Die im Bauzug 11 eingesetzten 30 vietnamesischen Werkträgern verweigerten die Entgegennahme ihres Lohnes.

In den durch leitende Kader der Reichsbahndirektion Berlin geführten Aussprachen wurden als Begründungen angegeben:

- die vietnamesischen Bürger haben den Eindruck, dass DDR-Bürger bei gleicher Arbeitsleistung eine höhere Entlohnung erhalten
- vietnamesische Werkträger in der Bekleidungsindustrie bei besseren Arbeitsbedingungen einen höheren Lohn erhalten
- die Entlohnung der vietnamesischen Werkträgern erfolgt ohne Unterschied generell in einer Lohngruppe.

Im Ergebnis der geführten Aussprachen wurden Festlegungen getroffen, zukünftig eine differenzierte Einschätzung der Qualifikation und Leistung eines jeden Werkträgern zu gewährleisten und damit die differenzierte Entlohnung durchzusetzen.

Da deutlich wurde, dass die vietnamesischen Werkträgern über Grundfragen des Lohnsystems wie z.B. Mehrschichtarbeit, Leistungslohn und dgl. Verfahrensfragen nicht ausreichend informiert waren, wurde zur Vermeidung derartiger Vorkommnisse ein monatlicher Sprechtag für vietnamesische Werkträger beim Leiter der Verwaltung eingerichtet.

Weiterhin wird überprüft, die vietnamesischen Werkträgern durch Aufgliederungen in einzelne Brigaden stärker in das kollektive und gesellschaftliche Leben der Dienststellen einzubinden.

Gemeinsam mit den Leitern aller Einsatzdienststellen und den vietnamesischen Gruppenleitern wird am 28.03.1989 über diese und weitere Maßnahmen beraten.

Von den Vorkommnissen und eingeleiteten Maßnahmen sind der Stellvertreter des Ministers für Verkehrswesen, die Bezirksleitung der Partei, die Kreisleitung Mitte sowie der Magistrat, Amt für Arbeit und Löhne informiert.

Die Abteilung XIX Berlin hat Kenntnis vom Sachverhalt und hält die weitere Entwicklung unter operativer Kontrolle.

gez. Lenknereit

Major

(Quelle: BStU, MfS, HA II, 27428, Bl. 70,71)

Erläuterungen:

Hauptabteilung XIX

Hauptabteilung des MfS für die Überwachung von Verkehr, Post, Nachrichten

Kader

ausgewähltes Personal

Aufgabenteil

- Erörtern Sie, weshalb die Stasi sich in diese Klärung von Lohnfragen bei der Bahn einschaltet.
- Nennen Sie Ursachen und Ergebnisse der Auseinandersetzung.
- Beurteilen Sie, ob Sie die vorgeschlagenen Maßnahmen angemessen zur Beilegung des Konflikts finden.

1. Dokumente aus Beobachtungen der Stasi

Information über Mocambiquaner in der DDR, 1989

Hauptabteilung II

Berlin, 10.05.1989

Streng geheim

Information

zum Aufenthalt mocambiquanischer Bürger in der DDR

Der Aufenthalt mocambiquanischer Bürger in der DDR ist sowohl zahlenmäßig wie auch hinsichtlich seiner Auswirkungen auf die Ausländerlage in der DDR operativ von Bedeutung.

Nach Angaben der PDB des MdI vom 08.01.1989 halten sich

15.243	Bürger der VR Mocambique, davon
15	mit Aufenthaltserlaubnis und ständigem Wohnsitz und
15.228	mit Aufenthaltsgenehmigung längerfristig

in der DDR auf.

13.625	Bürger Mocambiques sind Männer,
1.591	Frauen und weitere
27	Kinder.

Als Gründe für den Aufenthalt in der DDR sind vermerkt:

8.194	Bürger	Berufsausübung
6.602		Berufsausbildung
408		Studium
6		Familienzusammenführung
3		Asyl
30		sonstige Gründe

[...] Der Aufenthalt mocambiquanischer Bürger in der DDR war in der Vergangenheit wiederholt mit Problemen belastet, die unter der DDR-Bevölkerung der jeweiligen Territorien z.T. hohe Öffentlichkeitswirksamkeit aufwiesen. In erster Linie betraf dies Verstöße gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit, Straftaten der allgemeinen Kriminalität, Körperverletzungen u.ä.

Ursächlich hierfür erschienen seitens der mocambiquanischen Bürger insbesondere durch übermäßigen Alkoholgenuss gesteigerte Sensibilität gegenüber angeblicher „rassischer“ Benachteiligung, Undiszipliniertheiten im Verhältnis zur DDR-Bevölkerung und Ignorierung gesellschaftlicher Normen, insbesondere im moralischen Bereich.

Als belastend für das Verhältnis zu den Mocambiquanern erwiesen sich jedoch auch ungenügende Vorbereitung des Ausländereinsatzes im Territorium, besonders hinsichtlich des Freizeitangebots für die ausländischen Werk tätigen, die mangelhafte Erläuterung von Entlohnungsbedingungen gemäß den Regierungsvereinbarungen, was sich dann in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten bis hin zur Arbeitsniederlegung in einzelnen Bereichen äußerte. [...]

Von nachhaltigem Einfluss für die Lage unter den mocambiquanischen Bürgern in der DDR erwies sich das mit Volkskammerbeschluss vom 03. März 1989 in der DDR eingeführte kommunale Ausländerwahlrecht, das insbesondere von dieser Ausländergruppe sehr aufgeschlossen aufgenommen wurde. [...]

Wenngleich die gegenwärtige Lage unter Bürgern der VR Mocambique in der DDR, der nach Vietnam und Polen drittgrößten Ausländergruppe, gegenwärtig insgesamt ruhig erscheint und aus jetziger Sicht keine Belastungen und sonstigen Störungen für den in Kürze bevorstehenden Staatsbesuch des mocambiquanischen Präsidenten zu erwarten sind, können vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Heimatland kurzfristige Lageveränderungen nicht ausgeschlossen werden.

(Quelle: BStU, MfS, HA II, 27428, Bl. 72,73)

1. Dokumente aus Beobachtungen der Stasi

Information über Mocambiquaner in der DDR, 1989

Erläuterungen:

Entwicklungen im Heimatland

Nach der 1976 erreichten Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Portugal verfiel das Land in einen Bürgerkrieg rivalisierender politischer Kräfte. Erst 1992 bewirkten ein Friedensvertrag und der Einsatz von UN-Truppen politische Stabilität in Mocambique.

Hauptabteilung II

Abteilung des MfS, zuständig für Spionageabwehr

PDB des Mdi

Zentrale Personendatenbank (PDB) der DDR (Zentrales Einwohnerregister), geführt vom Ministerium des Innern, mit Strafregister, Wehrüberwachung, der Datenbank zu Reiseanträgen und Rentendatenbank.

VR

Volksrepublik, Republik nach sozialistischen Prinzipien

Aufgabenteil

- Überlegen Sie, weshalb die Information als „streng geheim“ eingestuft ist.
- Argumentieren Sie, weshalb sich Ihrer Meinung und Ihrem Wissen nach die Stasi für Ausländer in der DDR interessierte.
- Finden Sie ein Beispiel, was die Stasi mit „durch übermäßigen Alkoholgenuss gesteigerte Sensibilität gegenüber angeblicher „rassischer“ Benachteiligung“ meinen könnte.